

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Was sagt Europa zur Deutschlandfrage?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Was sagt Europa zur Deutschlandfrage?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 10, pp. 11-14

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131389>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Was sagt Europa zur Deutschlandfrage?

## ENGLAND: Wahlkampf und Außenpolitik

London, den 12. 10. 51

Die Außenpolitik gehört nach englischer Ansicht nicht in den Wahlkampf, und so haben sich denn die drei großen Parteien in ihren Wahlmanifestationen auch mit einigen lapidaren Sätzen zu diesem Thema begnügt. Die Labour-Partei legte den Ton auf Frieden und kollektive Verteidigung, drückte schwere Enttäuschung über die sowjetische Politik aus und ließ die USA. unerwähnt. Das Commonwealth ebenso wie Großbritannien selbst müssen gestärkt werden, durch Wirtschaftshilfe für die „unterentwickelten“ Gebiete nicht weniger als durch Rüstungen. Die Konservativen räumen Sicherheit, Fortschritt und Zusammenhalt des „Empire und Commonwealth“ den ersten Platz ein, nennen die Einigkeit der englisch-sprechenden Völker an zweiter Stelle und wollen auf diesen beiden „soliden Fundamenten“ weiter für ein geeintes Europa arbeiten, das später auch einmal die Länder hinter dem Eisernen Vorhang einschließen soll. Frieden durch geeinte Kraft ist das konservative Motto. Das liberale Wahlmanifest spricht von kollektiver Sicherheit, der Herrschaft des Rechts und Schutz britischer Interessen durch internationales Recht. Das Commonwealth ist eine der stärksten Friedenskräfte; der Europarat, die Gemeinschaft mit den USA. und die Nordatlantik- und Pazifik-Pakte sind den Liberalen Vorläufer einer kommenden internationalen Regierung.

Die Wahlmanifeste zeigen also nur kleine Unterschiede. So wie alle britischen Parteien ihre Friedensliebe betonen, unterstützen sie auch alle die Aufrüstung als eine bedauerliche Notwendigkeit. Hierüber gibt es in der Tat keine Zweifel oder Illusionen, bei den Wählern ebensowenig wie bei den Politikern.

Bei so viel ausdrücklicher Übereinstimmung hätte man erwarten können, auch im Wahlkampf wenig über Außenpolitik zu hören. Dafür war aber der persische Ölkonflikt denn doch zu akut. Er bot den Konservativen eine willkommene Gelegenheit, die Regierung als

zaghaft, unentschlossen, schwerfällig und ungeschickt zu kritisieren, während die sozialistischen Wahlredner den Tories mit dem Vorwurf machthaberischer und kriegslüsterner Hintergedanken antworteten. Daß die diplomatisch-wirtschaftliche Niederlage in Persien dem Wähler viel zu denken gibt, stellte sich im Verlauf des Wahlkampfes sehr schnell heraus. Im Zusammenhang damit und dem mißlichen Verhältnis mit Ägypten fand der ganze Nahe Osten einige Beachtung. Das Verhältnis mit Amerika und Rußland interessierte den über die hohen Lebenshaltungskosten besorgten Wähler auch, das mit den europäischen Ländern aber schon viel weniger.

Die Deutschland-Frage erscheint vielen Politikern als ein heikles Thema, das am besten den Fachleuten im Auswärtigen Amt überlassen bleibt. Selbst Außenminister sind bekanntlich auf solchen Spezialgebieten dem vermeintlich besser fundierten Urteil ihrer beruflichen Berater gefolgt. Nur Mr. Churchill hat sich eingehender über europäische Fragen geäußert. Für ein geeintes Europa, sagte er, hat die Attlee-Regierung nichts getan, weil sie nur an einem sozialistisch geeinten Europa interessiert wäre. In Westdeutschland hätte sie nach langer Verzögerung eine versöhnlichere Politik eingeschlagen, aber durch zu lange fortgesetzte Demontagen und Gerichtsverfahren gegen deutsche Generale ihrer jetzigen Politik jeden Anschein von Großzügigkeit genommen. Bei der Beurteilung dieser Kritik darf

## FRANKREICH will keine restlose Neutralisierung

Paris, den 11. 10. 51

Wohl kaum ein Franzose, sei er Kommunist, Gaullist oder Sozialist, hält die deutsche Wiederaufrüstung für wünschenswert. In dieser Frage kann man von einer restlosen nationalen Einmütigkeit sprechen. Die Geister scheiden sich erst, wenn es darum geht zu beurteilen, ob der deutsche Wehrbeitrag vermieden werden kann oder nicht. Die Mehrheit der öffentlichen Meinung ist bereit, darin in der

man aber nicht vergessen, daß Mr. Churchill auch seinen konservativen Parteifreunden in seiner Einschätzung außenpolitischer Realitäten ideeller wie materieller Art weit voraus ist. Seine spontane Unterstützung des Europarats brachte selbst seinen getreuen Adjutanten Eden in Verlegenheit. Seine Äußerungen über die Labour-Politik gegenüber Deutschland werden ebenfalls nicht von allen Konservativen geteilt. Zwar wird die bestehende Teilung Deutschlands auf beiden Seiten des Unterhauses als eine Gefahrenquelle erster Ordnung betrachtet, aber ihrer Beseitigung müßte nach Lage der Dinge eine Auseinandersetzung mit der Sowjet-Union vorausgehen. Eine konservative Regierung könnte an sich, über die psychologischen Belastungen der Nachkriegsjahre hinweggehend, die Initiative zu einem diplomatischen Friedensvorstoß ergreifen, zumal ihre Führer Churchill und Eden über Zweifel hinsichtlich ihres Wunsches nach engstmöglicher Zusammenarbeit mit den USA. erhaben sind. Sie würde aber zweifellos ihre Europapolitik mit Washington abstimmen, wobei die Möglichkeit einer stärkeren Vertretung rein britischer Interessen natürlich keineswegs ausgeschlossen ist. Demgegenüber würde eine neue Labour-Regierung, wie die „Times“ und andere Beobachter vermuten, in auswärtigen Angelegenheiten vielleicht vorsichtiger operieren müssen, weil die inneren Gegensätze zwischen Attlee's Majorität und der Bevan-Gruppe nur notdürftig für die Dauer des Wahlkampfes überbrückt worden sind. (A.)

gegebenen internationalen Konjunktur und in Anbetracht der sowjetischen Gefahr ein unumgängliches Übel zu sehen, allerdings mit dem sehr fühlbaren Wunsch, keine Gelegenheit entgehen zu lassen, um eine zufriedenstellendere Lösung zu finden. Zu dieser realistisch eingestellten Mehrheit gehören selbstverständlich nicht die Kommunisten.

Aber selbst in den anderen, politischen Lagern machen sich zu-

nehmend Gegenkräfte bemerkbar. Die Neubildung der Soldatenbünde und die sie begleitenden Erklärungen ehemaliger Generale entfachten das seit einem Jahr etwas gedämpfte, aber nicht erloschene Mißtrauen gegenüber dem deutschen Militarismus. Besonders die Sozialisten erwägen ernstlich die Möglichkeit, gegen den Plan einer Europaarmee mit deutscher Beteiligung zu stimmen, weil sie den Augenblick für die Herstellung der deutschen Gleichberechtigung auf militärischer Ebene noch nicht für gekommen halten. Ähnliche Tendenzen machen sich im gaullistischen Lager bemerkbar. Dort zieht man der übernationalen europäischen Lösung ein deutsch-französisches Tête-à-Tête mit klar betonter französischer Überlegenheit vor.

Unter diesen Voraussetzungen ist es nicht erstaunlich, wenn der am östlichen Horizont plötzlich erschienene Olivenzweig der deutschen Einheit in Frankreich ein hoffnungsvolles Echo fand. Man erblickte dahinter sofort die so-wjetische Absicht, über die Wiederherstellung eines geeinten Deutschlands die Wiederaufrüstung des Nachbarlandes zu verhindern. Dieses Ziel Moskaus entspricht weitgehend den Gefühlen von Paris. Wenn Rußland bereit ist, auf seine Ansprüche in Deutschland zu verzichten und dort eine demokratische Entwicklung im westlichen Sinne nicht mehr zu sabotieren, sieht man im Verzicht auf den deutschen Wehrbeitrag keinen zu hohen Preis. Gleichzeitig erhofft man sich von einer derartigen Entwicklung in Deutschland eine wesentliche Entspannung des internationalen Klimas mit der damit verbundenen Möglichkeit, das westliche Wiederaufrüstungsprogramm auf den Umfang, der mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der europäischen Länder vereinbar ist, einzuschränken.

Es mangelt allerdings auch nicht an ersten Vorbehalten. Man will Gewißheit haben, daß es der Sowjet-Union auf keinen Fall gelingen kann, ein geeintes Deutschland in irgendeiner Form zu bolschewisieren und damit die westliche Verteidigungslinie endgültig von der Elbe zum Rhein zurückzudrängen. Im gleichen Sinne will man der deutschen Diplomatie keine

unbeschränkte Bewegungsfreiheit lassen, damit sie nicht eines Tages den Weg nach dem Osten wählt. Die Wirtschaft befürchtet vor allen Dingen die Anziehungskraft der osteuropäischen Märkte für die deutsche Industrie. Eine wirtschaftliche Ostorientierung des Nachbarlandes würde das europäische Gleichgewicht erheblich stören und gleichzeitig die französische Landwirtschaft des deutschen Absatzgebietes berauben.

Aus diesen verschiedenen Gründen, die hier nur andeutungs-

weise erwähnt werden können, lehnt Paris eine restlose deutsche Neutralisierung ab. Politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt geistig muß auch ein geeintes Deutschland nach französischer Überzeugung unbestreitbar zum Westen gehören. Denkbar und wünschenswert ist lediglich seine militärische Neutralisierung, d. h. der gemeinsam vom Westen und vom Osten neu zu bestätigende und zu kontrollierende Beschluß, daß Deutschland nunmehr endgültig demilitarisiert bleibt. (fr.)

### BENELUX erhofft eine europäische Lösung

Brüssel/Den Haag, 15. 10. 51  
Die ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen des Problems der deutschen Wiedervereinigung begegnen auch in den sog. Beneluxstaaten einer gewissen Beachtung, die allerdings in der Presse weit größer als in den Gesprächen der „men in the street“ ist. Deutlich ist dabei das Bewußtsein, daß diese Fragen nicht eine deutsche Angelegenheit bilden, sondern daß es sich hier um gesamteuropäische Probleme handelt, die deshalb auch im gesamteuropäischen Zusammenhang entschieden werden müssen.

Daß die Bevölkerung nur ein beschränktes Interesse zeigt, ist teilweise auf die alle Aufmerksamkeit beanspruchenden Probleme der eigenen Politik und Wirtschaft zurückzuführen. Der ideologischen Seite der heute in Deutschland so aktuell scheinenden Probleme wird nur ein geringes Verständnis entgegengebracht. Daß es sich um deutsche Menschen handelt, die wieder in einem gemeinsamen deutschen Haus wohnen möchten, geht an manchen vorbei, was wohl, außer auf eine politische Apathie, darauf zurückzuführen sein wird, daß man hier ähnliche Trennungprobleme nicht kennt und sein Nachkriegsressentiment noch nicht hat überwinden können. Viele sehen das Verhältnis und die Zusammenarbeit mit Deutschland noch als politische und wirtschaftliche Notwendigkeit, die das Herz (noch) nicht zu berühren vermag.

Politisch beschäftigt man sich schon mehr mit der deutschen Frage, wobei die Frage nach den Grotewohl'schen (russischen) Absichten im Vordergrund steht.

Welche Gesinnung würde, so fragt man sich, das gesamte Deutschland beherrschen? Wenn viele schon eine zu große politische Stärkung Deutschlands nicht befürworten, ist man sich darüber einig, daß ein demokratisches Deutschland eine geringere Bedrohung für die Sicherheit der kleinen Staaten bilden würde als ein autoritäres Reich. Auch ist man darüber durchaus im klaren, daß kommunistische und andere extremistische Gefahren in einem Westdeutschland, das auf die Dauer auf sich selbst gestellt ist, nicht vernachlässigt werden dürfen.

Will man eine hiesige „communis opinio“ herauskristalisieren, so dürfte das die sein, daß man eine Wiedervereinigung Deutschlands begrüßen würde, wenn sie zur Errichtung eines wirklich demokratischen Staates führt, weil dies eine Stärkung der westeuropäischen Demokratie und einen gesteigerten Widerstand gegen den Kommunismus bedeuten würde.

Von jeher hatte man hier mehr wirtschaftliche Bindungen mit dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik als mit Ostdeutschland. Daher spielt hier die Frage einer Wiedererschließung Ostdeutschlands, außer auf dem Verkehrsgebiet (Verhältnis der Nordseehäfen zum jetzt hinterlandlosen Hamburg), nicht die Hauptrolle. Demgegenüber ist die Höhe des deutschen Wohlstandes für die Wirtschaft der Beneluxländer von entscheidender Bedeutung. Überdies dürfte eine umfassende — und gerechte — europäische Wirtschaftsintegration ohne die Einbeziehung des ostdeutschen Raumes kaum zu verwirklichen sein. Auch diejenigen,

die die europäische Wirtschaft in diesem Licht betrachten, begrüßen eine auf friedlichem Weg durchzuführende Wiedervereinigung Deutschlands.

Diese Wiedervereinigung würde das heutige Westeuropa, das längst kein geographischer Begriff mehr ist, zweifellos kräftigen, wenigstens wirtschaftlich. Jedoch liegt die politische Entscheidung weder allein in deutscher, noch allein in europäischer Hand. Europäisch gesehen wäre die Wiedervereinigung nur unvollständig, wenn die heutigen politischen Verhältnisse weiterbestehen bleiben. Das heißt, sollte die Lösung wirklich europäisch und damit im Interesse der europäischen Völker sein, so sollten die deut-

schen Teile sich in voller Selbständigkeit entscheiden und sollte Gesamtdeutschland dieselbe Selbständigkeit erlangen können. Würde das jedoch die Verteidigung Westeuropas gegen den Kommunismus nicht schädigen? Dieser Einwand scheint berechtigt, aber auch hier machen sich viele keine allzu großen Illusionen über den Wert des deutschen Verteidigungsbeitrags unter den heutigen Verhältnissen. Die Wiedereinbeziehung des gesamten deutschen Raumes in die politische und wirtschaftliche Gesamtheit Europas wäre ein Vorteil, eine Lebensnotwendigkeit, für unseren alten Erdteil, die bestimmte politische Opfer rechtfertigen dürfte. (-e-)

wie es hier bezeichnet wird, wird in den Nordländern gern mit der Stresemann'schen Politik Ende der zwanziger Jahre verglichen, deren Ziel zunächst der Ausgleich mit den Westmächten war und als zweite Etappe auf die Wiedereinbeziehung Deutschlands in das „Konzert“ der Großmächte abzielte. Wo bliebe dabei aber, auf die heutigen Verhältnisse übertragen, die Frage der deutschen Aufrüstung? Da der ganze Fragenkomplex äußerst delikat ist, da ein „Wettrüsten“ für die UdSSR. à la longue gefährlicher sein dürfte als für den Westen und da sich politische Entwicklungen dieser Art grundsätzlich nicht im Blitztempo zu vollziehen pflegen, bestünde die große Chance im Zeitmoment! Ist die Wiedervereinigung Deutschlands erst einmal zur vollendeten Tatsache geworden, dann dürfte sich nach nordeuropäischer Auffassung — früher oder später — sicher die Gelegenheit ergeben, auch in dieser Richtung eine Lösung zu finden, bei der eine Drohung vom Osten her nicht mehr unbedingt gegeben sein muß und bei der gleichzeitig auch den Belangen des Westens Rechnung getragen werden könnte. Die politische Chance dürfte eine wesentliche Förderung von der Seite der wirtschaftlichen Integration Europas her erfahren können, die zunächst zwar erst noch im Anfangsstadium steht, die als generelle Entwicklungslinie aber nicht mehr aufgehalten werden kann, worüber selbst in Moskau kaum noch ein Zweifel bestehen dürfte. Da sich jedoch der Ablauf dieses ganzen Prozesses als höchst kompliziert, zeitraubend und auch nicht ganz ungefährlich darstellt, wird es in Nordeuropa für zweckmäßig gehalten, ihn nicht zu forcieren, sondern ihn mit äußerster Vorsicht zu betreiben. (dt.)

## NORDEUROPA: „Im Zeitmoment liegt die Chance“

Stockholm, 13. 10. 51

Prinzipiell wird auch im Norden schon seit längerem die Zerreißen Deutschlands in zwei Teile aus politischen und mehr vielleicht noch aus wirtschaftlichen Erwägungen als eine glatte Fehlkonstruktion angesehen, die für Europa zu einem Herd ständiger Beunruhigung werden müßte, falls sie zum Dauerzustand werden sollte. Vom Blickpunkt des Nordens kommt hierbei der wirtschaftlichen Seite deshalb eine relativ größere Bedeutung zu, weil Westdeutschland wegen des Verlustes großer Teile seiner Ernährungsbasis kaum, wenn überhaupt, als lebensfähig angesehen wird. Die Konsequenz eines vergleichsweise stärkeren wirtschaftlichen Gewichts ergibt sich aber auch daraus, daß der Norden seit zwei Jahren bemüht ist, die wirtschaftlichen Beziehungen nicht nur zu Westdeutschland, sondern auch zur deutschen Ostzone nach Möglichkeit auszubauen.

Angesichts des verschärften Gegensatzes Westen — Osten beurteilt Nordeuropa die Wiedervereinigung Deutschlands als die wohl schwierigste und delikateste, gleichzeitig auch gefährlichste Frage der Nachkriegszeit. Wenn es die Möglichkeiten und Aussichten ihrer Lösung gegenwärtig trotzdem positiver als bisher beurteilt, dann liegt dem die Vermutung zugrunde, daß das neueste Angebot der deutschen Ostzone bzw. der UdSSR. vielleicht doch um einiges ernster

gemeint sein könnte als bei früheren Gelegenheiten. Moskau sieht in der geplanten Wiederaufrüstung Westdeutschlands zweifellos eine ernste Bedrohung, deren Abwendung mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Abwicklung der Besatzung sehr wahrscheinlich billiger bezahlt wäre als mit der Fortsetzung und gar noch Verstärkung der internationalen Rüstung, von der schließlich kein Mensch ahnen kann, wohin sie eines Tages führt. Die Gefahr des offenen, militärischen Konflikts wird zudem — nach nordeuropäischer Auffassung — in dem Maße geringer, als die Rüstung des Westens fortschreitet. Das ehemals große und bedenkliche militärische Vakuum wird mehr und mehr ausgefüllt, um in absehbarer Zeit vermutlich ganz zu verschwinden.

In dieser Lage wird Deutschlands gegenwärtige Position als stark angesehen. Das „Rede-Duell“ zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Grotewohl,

## ÖSTERREICH befürchtet Deutschlands Isolierung

Salzburg, den 12. 10. 51

In Osterreich erfolgte bisher noch keine Erklärung der Regierung zur Frage der gesamtdeutschen Wahlen, und das ist auch kaum zu erwarten. Für die amtliche Politik, die peinlich bemüht ist, allem Problematischen auszuweichen, handelt es sich um eine innerdeutsche Frage oder um eine Auseinandersetzung zwischen den Großmäch-

ten, in die sich ein besetztes Land am besten nicht einmengt. Allerdings könnte man darin wieder einmal ein Anzeichen einer Entspannung sehen, die dem Staatsvertrag neuen Auftrieb geben könnte, wenn man nicht schon zu viel Enttäuschungen erlitten hätte.

Auch die Blätter verfolgen die deutsche Entwicklung aufmerksam, ziehen aber daraus ebensowenig

einen Schluß, der die besondere österreichische Problematik herausarbeiten würde. Selbstverständlich begrüßt man aber auch hier alles, was zu einer Entspannung führen kann und erkennt das Recht auf deutsche Einheit und Selbstbestimmung an, wenn auch mit verschiedenen Nüancen.

Manches der deutschen Problematik ist dem Österreicher fremd, wie etwa der Anspruch auf unbedingte Gleichheit und überhaupt die ganze Frage der Wiederbewaffnung. Österreich ist zwar auch vierfach besetzt, besitzt aber eine Zentralregierung, deren Befehle im großen und ganzen, besonders wenn man sich klug auf das Mögliche beschränkt, in allen Zonen befolgt werden. Natürlich hat man im Osten mehr Grund zur Klage als im Westen. Daher ist man im Osten und in Wien auch ungleich mehr am Staatsvertrag interessiert als im Westen, wo man sich mit dem westlichen Protektorat mehr oder weniger abgefunden hat. Eine besondere Initiative zur Erreichung des Staatsvertrages ist daher kaum zu erwarten, bevor gesamtdeutsche Wahlen bewiesen haben, daß auch für ihn die Zeit gekommen ist.

In Österreich hat sich, obwohl die Front des Kalten Krieges mitten durchläuft, eine Art *modus vivendi* zwischen den Mächten gebildet. Nur diese, nicht die Österreicher, können diesen *Modus* ändern. Das ist wohl der wesentliche Unterschied zwischen der österreichischen und der deutschen Haltung, die meint, daß nationale Forderungen innerhalb eines gewissen Rahmens einmal Gehör finden müssen.

Dazu kommt die bange Frage nach dem Nachher. Österreich hat aus dem Interessenkonflikt der Großmächte im Donaauraum erhebliche Vorteile gezogen. Eine Verständigung der Großmächte würde zu einer Verminderung der amerikanischen Hilfe für Österreich, vielleicht zu einem gänzlichen Desinteressement an Europa führen. Die angedrohte Kürzung der ERP-Hilfe für 1952/53 um 70 Mill. \$ hat bereits alarmierend gewirkt. Wirtschaftlicher Zusammenbruch und kommunistische Infiltration würden folgen — auch dann, wenn die Sowjettruppen abziehen. Daher

wird die Möglichkeit, über den Umweg der gesamtdeutschen Wahlen zum Staatsvertrag zu kommen, zwar offiziell begrüßt, tatsächlich aber mit geheimer Sorge verfolgt.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit läßt aber eine ganz neue Gruppierung in Europa erwarten. Denn hier entsteht — wenn die Großmächte ehrlich vorgehen wollen — der langgesuchte Ansatzpunkt einer echten dritten Macht, nämlich eines Vereinten Europa, für das der Begriff der Neutralität kulturell und politisch sinnvoll und auch realisierbar wäre. Will das ERP ein blühendes, vom Kommunismus nicht bedrohtes selbständiges Europa schaffen, so wird dieses Ziel nur durch Einbeziehung eines befriedeten, also vereinten Deutschland erreicht. Dann wird die Finanzhilfe auch weniger bedeutsam sein. Die Fernwirkungen auf Zwischeneuropa, die von diesem Deutschland ausgehen, sind naheliegend. Es wird ein Beweis für die Ehrlichkeit der Bestrebungen der Sowjets sein, wenn sie

sich diesen Fernwirkungen nicht entziehen, wozu auch die Räumung ihrer Wiener Stellung gehören müßte. Ihre Sicherheit bleibt ja noch immer durch ihre starke Wehrmacht gewährleistet.

Österreich hätte also allen Grund, sich ebenfalls für die deutsche Einigung einzusetzen, würde doch ihre Durchführung einen wirklichen Schritt zum Frieden bedeuten. Die Voraussetzungen, die man seitens des Westens an die Form der Wahlen stellt, müßten dabei selbstverständlich erfüllt werden, doch ist dies nicht Österreichs Sache. Es muß in diesen gesamtdeutschen Wahlen ein Schritt zum Vereinten Europa gesehen werden, denn sie sollen nicht zu einer neuen, verhängnisvollen Isolierung Deutschlands führen, sondern ein konstruktiver Beitrag zum Frieden sein. Sache der Regierungen, die das Vereinte Europa begrüßen, ist es daher, auch diese Wahlen zu unterstützen, um durch sie einen der schlimmsten Gefahrenherde für Europa zu beseitigen. (ly)

## Die Deutschlandfrage ist eine Europafrage

Wenn die europäischen Meinungen, soweit sie hier vorliegen, auch darin übereinstimmen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine europäische Angelegenheit sei, so spricht doch gleichzeitig aus allen Äußerungen eine Scheu, sich initiativ dieser Angelegenheit anzunehmen und sie zur eigenen Sache zu machen. Es wird gewissermaßen nur widerwillig zugegeben, daß die Beseitigung dieses Gefahrenherdes, den die politisch unverantwortliche Teilung Deutschlands darstellt, letztlich überhaupt entscheidend sein könnte, ob jemals ein Europa als politischer und wirtschaftlicher Begriff existieren wird.

Europa ist aber ein sehr lebendiger kultureller Begriff. Solange das wirtschaftlich und politisch vereinte Europa noch nicht besteht, tragen die Regierungen der europäischen Nationalstaaten die Verantwortung dafür, daß Europa als Ganzes erhalten bleibt. Ein halbes Europa ist kein Europa. Es scheint mir eine etwas perfide Diplomatie der Großmächte zu sein, die für den durch Europa durchgehenden Trennungsstrich verantwortlich sind, wenn sie den Prozeß sich so abspielen lassen, daß er in einem ideologischen Streitgespräch zwischen Deutschen versandet. Wir dürfen uns nicht in ein deutsches Hausgezänk hineinmanövrieren lassen. Denn es ist eben nicht so, daß „sich die Deutschen nur an einen Tisch zu setzen brauchen“, um die Wiedervereinigung Deutschlands durchzuführen.

Es scheint mir deshalb unsere vordringlichste Aufgabe zu sein, daß wir die in den europäischen Ländern latente Erkenntnis von dem europäischen Gefahrenherd der deutschen Teilung so lebendig machen, daß sie unsere Forderung an die Großmächte nach Wiedervereinigung mit eigener Initiative aufgreifen. Diese Forderung müssen wir mit unserem ganzen wirtschaftlichen, sozialen und diplomatischen Gewicht stellen. Und man hört im Ausland immer wieder, daß dieses Gewicht gar nicht so gering sei. Es kommt in der Politik viel darauf an, daß Forderungen zur richtigen Zeit gestellt werden, denn es ist selten abzusehen, wie lange eine Konstellation andauert, gewiß ist nur, daß eine Konstellation in gleichen Konjunkturen nicht wiederkehrt. (sk)